Heiko Lietz — Rede am 10. Dezember 2016, dem Tag der Menschenrechte

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

der heutige Tag der Menschenrechte lädt uns dazu ein, wieder einmal etwas genauer darüber nachzudenken, worauf unsere Gesellschaft gründet und was sie eigentlich zusammenhält. Wir erleben ja momentan viel stärker, das sich in dieser Gesellschaft immer tiefere Gräben auftun und Menschen immer weniger bereit sind, bei sehr entgegengesetzten Interessen dennoch fair und gewaltfrei miteinander umzugehen. Statt dessen vergiften Hass und Zwietracht das gesellschaftliche Klima immer mehr. Vertreter der rechtsextremen Szene haben immer weniger Hemmungen, auch Gewalt gegen Sachen und Personen anzuwenden. Aufnahmeheime für Flüchtlinge und Asylbewerber gehen in Flammen auf, auf Büros von Personen der Öffentlichkeit werden Anschläge ausgeübt.

Was in unserem Zusammenleben immer häufiger auf der Strecke bleibt, ist der gegenseitige Respekt. Die unantastbare Würde jedes Menschen, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, gerät in den Konflikten unserer Tage immer mehr unter die Räder.

Es wird deswegen um so dringlicher sein, sich wieder neu auf sie zu besinnen.

Nachdem der von Deutschland ausgelöste 2. Weltkrieg unfassbares Elend über die ganze Welt gebracht hatte, versuchten die Großmächte und andere Nationen, gemeinsam einen neuen Anfang zu machen. Sie kamen im Sommer 1945 in San Francisco in den USA zusammen und gründeten die Organisation der Vereinten Nationen. Sie beschlossen nach dem furchtbaren Gemetzel der Kriegsjahre, zukünftig als gute Nachbarn miteinander zu leben, den Weltfrieden zu wahren und die Würde des einzelnen Menschen nicht wieder anzutasten.

Um dem Nachdruck zu verleihen, verkündeten die Vereinten Nationen auf ihrer Generalversammlung am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als ein gemeinsames Ideal, das alle Völker und Nationen erreichen sollten. Diese Vision sollte eine neue Epoche der Menschheits-geschichte einläuten und eine ethische Basis für das Zusammenleben aller Menschen schaffen. Jeder einzelne Mensch sollte sich zukünftig darauf berufen

können, unabhängig von seiner Rasse, seinem Geschlecht, seiner Sprache und Religion, seiner nationalen oder sozialen Herkunft.

Aus dieser Vision wurden in einem jahrzehntelangen Diskussionsprozess immer klarer definierte Rechtssatzungen. Die Generalversammlung der UNO empfahl 2009 allen Staaten, sie in ihre Verfassungen aufzunehmen.

Damit sollte jedem Menschen weltweit die Möglichkeit gegeben werden, seine vorenthaltenen Rechte auch gerichtlich einzuklagen.

Einen ersten Schritt hatte die Bundesrepublik schon bei ihrer Gründung gemacht, als sie die politischen und bürgerlichen Menschenrechte in ihrem Grundgesetz als einklagbare Grundrechte verankerte.

Den zweiten Schritt, auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte im Grundgesetz zu verankern, verweigert die Bundesrepublik bis heute.

Warum fällt es den staatstragenden Parteien bis heute so schwer, diesen Schritt zu vollziehen? Welche Interessengruppen stehen hinter den Parteien, die fortwährend auf die Bremse treten? Warum sperren sie sich, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn, das Recht auf Wohlfahrt und das Recht auf Bildung in das Grundgesetz aufzunehmen? Weil sie dann zu Recht befürchten, dass der vorhandene gesellschaftliche Reichtum endlich so verteilt werden müsste, dass nicht nur die Wohlhabenden und Reichen, sondern jeder in sozialer Sicherheit leben kann?

Solange sich aber nichts ändert,

- wissen alleinerziehende Mütter, Langzeitarbeitslose und verarmte Rentner auch weiterhin nicht, wie sie das Nötige noch bezahlen können.
- sind Frauen auch weiterhin frustriert, weil immer weniger verstehen können, warum sie für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn bekommen sollen wie die Männer.
- haben Menschen auch mit einer geregelten Arbeit zunehmend Angst davor, bei Arbeitsverlust schon nach einem Jahr in die Hartz-VI-Falle zu stürzen.
- wartet auf Tausende, die schlechter verdienen, die sichere Altersarmut.

- machen viele junge Menschen die bittere Erfahrung, nach ihrer Berufs- oder Universitätsausbildung keinen geeigneten Arbeitsplatz zu bekommen.

Der Turbokapitalismus diktiert mehr und mehr den gesamten Rhythmus unseres Lebens und macht viele von uns krank. Aber Unternehmen, Großkonzerne und Banken überspannen den Bogen trotzdem immer mehr.

Es ist an der Zeit, etwas zu tun, damit unsere Gesellschaft nicht endgültig aus den Fugen gerät.

Ein erster Schritt wäre:

Wir appellieren an den Bundestag, endlich dem Appell der Generalversammlung der UNO zu folgen und unverzüglich die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte in das Grundgesetz aufzunehmen. (Unterschriftslisten liegen im Anschluss aus.)

Aber noch ein anderes Problem reißt unsere Gesellschaft immer mehr auseinander. Deutschland hat vor allem im letzten Jahr sehr viele Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen und dafür gesorgt, dass sie auch - mehr oder weniger gut - untergebracht und versorgt werden. Aber dagegen ist ein organisierter Sturm der Entrüstung ausgebrochen. Die Akteure dieser Bewegung sind nicht bereit, auch diesen Menschen ihre Würde zu lassen. Sie haben damit Artikel 1 des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt.

Damit aber können und dürfen wir uns nicht abfinden.

Was wir statt dessen dringender denn je brauchen, ist eine wirkliche Alternative für unsere Gesellschaft, die ihren Namen zu recht verdient. An dieser gesellschaftlichen Alternative können alle, unabhängig von ihrer Rasse, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache und Religion, ihrer nationalen oder sozialen Herkunft teilnehmen und keiner wird ausgegrenzt.

Der Tag der Menschenrechte sollte uns deswegen Mut machen, auch weiterhin nach Lösungen zu suchen, um die unantastbare Würde des Menschen wieder herzustellen und dann auch zu wahren.

Heiko Lietz